



Presseinformation der Alternativen und Grünen GewerkschafterInnen / Salzburg

Salzburg, 22.09.2015

AUGE-Sprecher Robert Müllner zu Plänen des Landes:
„PPP-Modelle gehen zulasten von Mittelstand und SteuerzahlerInnen“

Befremdet zeigt sich Robert Müllner, Landessprecher der Alternativen und Grünen GewerkschafterInnen / AUGÉ, über die Ankündigung des Landes, gleich mehrere Großprojekte (z.B. Gitzentunnel in Bergheim) über Public Private Partnership-Finanzierung abwickeln zu wollen. „Dank der Hartnäckigkeit von NGOs und einigen Politikern konnte vor etlichen Jahren das unselige Crossboarder-Leasing in Salzburg gerade noch verhindert werden. Jetzt steht das neueste Modell vor der Tür, mit dem sich Spekulanten von der öffentlichen Hand füttern lassen wollen.“

In Deutschland und England gibt es eine ganze Reihe von Beispielen, wo PPP-Modelle spektakulär gefloppt sind. Sei es, weil die Projektkosten im Endeffekt höher waren und die öffentliche Hand einspringen musste; sei es weil die „Investoren“ Nachforderungen stellten oder Bauwerke nie fertig wurden. Der deutsche Publizist Werner Rügemer diagnostiziert nach ausführlichen Recherchen eine „Spur des Scheiterns“ bei diesen Projekten. Zurückzuführen sei dies u. a. auf Faktoren wie Geheimhaltung der Verträge, private [Schiedsgerichtsbarkeit](#), Zugehörigkeit der einschlägigen BeraterInnen zur organisierten PPP-Lobby sowie Alleinbestimmungsrecht des Investors bei den Subunternehmen. Bei PPP verdienen Konzerne, Banken und Berater das große Geld. Gemeinsam mit der öffentlichen Hand haben sie ein intransparentes System geschaffen - zulasten von Mittelstand und SteuerzahlerInnen.

Das Land Salzburg sollte durchaus eine Vorreiterrolle übernehmen, wenn es um neue Formen der Finanzierung geht, sagt Robert Müllner. Aber dann sollte man wirklich in Alternativen denken. Als Beispiele nennt Müllner den Waldviertler Unternehmer Heini Staudinger, die in Gründung befindliche Gemeinwohlbank oder die Aktion „100 Dächer“ der Salzburg AG. Statt PPP-BeraterInnen zu suchen, sollte das Land ein Modell entwickeln, wo sich BürgerInnen an der Errichtung von Infrastrukturprojekten beteiligen können, fordert Robert Müllner.

Rückfragenhinweis:

Robert Müllner,

Tel: 0676 / 911 10 09

Mail: robert.muellner@auge-ug.at

<http://www.auge.or.at/salzburg>